

Drei Länder, drei Debatten, eine Frage: Die Vergangenheit "ruhen lassen"?

Museumsstreit als Geschichtspolitik

Gerhard Botz zur Kontroverse um die Nutzung des Palais Epstein am Ring: Der Historiker sieht in einem "Haus der Geschichte" neben dem Parlament einen für alle NR-Fraktionen akzeptablen Kompromiß. Foto: Semotan

Daß die Art und Weise, in der sich ein politisches Gemeinwesen in der Öffentlichkeit (re)präsentiert, ein Politikum ersten Ranges ist, war schon im vorigen Jahrhundert den jungen und älteren Nationalisten in unseren Nachbarländern ebenso bewußt wie den revolutionären Republiken Westeuropas und Amerikas, oder den alten Monarchen in London und Wien.

Nicht umsonst hat Kaiser Franz Joseph, da sich die Repräsentationsbedürfnisse des liberalen Bürgertums in der großartigen Inszenierung der Ringstraße durchsetzten, darauf insistiert, den privilegierten Ort vis-`a-vis seiner Residenz, dem prunkvollen Zur-Schau-Stellen seiner Kunst- und naturwissenschaftlichen Sammlungen vorzubehalten.

Standortfrage nicht nebensächlich

Dies macht zugleich deutlich: Das Selbstverständnis und der Repräsentationswille der jeweils dominanten Klassen einer Gesellschaft manifestiert sich nicht nur im Was und Wie derartiger Ausstellungen. Auch der Ort, an dem ein Museum errichtet wird, ist Träger der Erinnerungsfunktion und selbst Teil der musealen Repräsentation.

Tatsache ist: Die Republik Österreich hat bisher keine verbindliche Form einer musealen Aufbereitung ihrer Geschichte gefunden - nicht zuletzt ein Ausdruck jenes gebrochenen Geschichtsbewußtseins, das die kollektive Identität der Österreicherinnen und Österreicher über mehrere Generationen seit 1945 nachhaltig geprägt hat.

Vor dem Hintergrund der derzeit im Zusammenhang mit der Epstein-Debatte kursierenden geschichtspolitischen Vorschläge stellen sich daher folgende Fragen:

Ist die österreichische, historische Identität durch die - durchaus positiv zu bewertende - EU-Integration und das - viel weniger positiv zu sehende - dominant wirtschaftsliberale und quotenmediale Denken schon so weit ausgehöhlt, daß die Republik von ihrer eigenen Geschichte zurücktreten und sie in ein Museum abschieben kann? Ist das republikanische Bewußtsein Österreichs schon so sehr durch den Blick rückwärts verändert, daß es nichts mehr daran fände, sich selbst im Heeresgeschichtlichen Museum und dessen - freundlich gesagt - skurrilen zeitgeschichtlichen Aktualisierungsversuchen darzustellen, in einem der ältesten Museumsbauten der Welt, der immer noch das Gesicht seiner ursprünglichen Widmung als militaristisch-aristokratische "Ruhmeshalle" des kaiserlichen Neoabsolutismus trägt? Oder ist dieses kollektive Bewußtsein schon so sehr "erhitzt", daß es den aussagekräftigsten Erinnerungsort der einzigen revolutionären Ereignisse der letzten 150 Jahre in Österreich, das ehemalige niederösterreichische Landhaus in der Herrengasse (1848 und 1918!) vorzieht?

Oder legen die Nationalratsabgeordneten so wenig Wert auf eine Selbstdarstellung ihrer eigenen historischen Grundlagen, daß sie es vorziehen, die Geschichte Österreichs in einen Stadtbezirk auszulagern, in dem nach dem - zweifelsohne problematischen - Diktum Metternichs bereits der "Balkan" beginnt?

Oder muß man annehmen, daß das Parlament ein "Haus der Toleranz" in seiner unmittelbaren Nähe einfach nicht ertragen kann? - Wer die Geschichtsbilder prägt, prägt auch das politische Bewußtsein der Gegenwart; vielleicht findet sich dochein österreichischer Kompromiß:

Indem man sich darauf verständigt, im ehemaligen Palais eines der wichtigsten Vertreter der jüdischen, liberalen Bourgeoisie der Ringstraßenzeit, in der auch die Grundlagen des österreichischen Parlamentarismus geschaffen und weiterentwickelt wurden, ein großzügiges "Haus der Geschichte" einzurichten, in dem nicht nur die Erste Republik, die NS-Zeit und die Zeit nach 1945, sondern auch die historisch belegbaren Wurzeln dieser Demokratie "modern" (multimedial etc.) präsentiert werden.

Da dem heutigen Verständnis zufolge Museumsarbeit nicht nur im Ausstellen für andachtsvolle Besucher bestehen kann, sondern diese in einen kreativen Mit- und Weitergestaltungsprozeß einbezogen werden sollen, ergibt sich von selbst, daß hier auch ein geeigneter Ort für politische Debatten, Rassismusforschung und virtuelles Monitoring aktueller demokratiegefährdender Tendenzen wäre.

Auf ein solch umfassend konzipiertes und öffentlich dotiertes "Haus der österreichischen Geschichte" am Ring sollten sich doch - fast - alle Parlamentsparteien einigen können!

Gerhard Botz ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Wien.